

# Ein falscher Krieg gegen die Armut

Neun Jahre Bürgerkrieg in Nepal haben rund 12 000 Menschen das Leben gekostet. Das kleine Himalaya-Bergland gehört heute zu den ärmsten dieser Welt. Zum besseren

Schutz der Zivilbevölkerung will das EDA nun sein entwicklungs- und friedenspolitisches Engagement vermehrt auf die Ursachen des Konflikts ausrichten.



Keystone

Die nepalesische Bevölkerung ist massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, was sich an zwei Beispielen illustrieren lässt: Nepal ist heute das Land mit der höchsten Zahl an «Verschwundenen» – ein Euphemismus für Willkür-Hinrichtungen. Und nirgends werden mehr Kindersoldaten rekrutiert als hier. Ein Aufenthalt in Kathmandu zeigt auf den ersten Blick zwar kaum ein Land im Krieg. Doch gerade dies ist ein Teil des Problems. Denn allzu lange nahm die Welt die reiche Hauptstadt mit ihrer touristenfreundlichen Trekking-Industrie zum Nennwert für das ganze Land.

Der Krieg spielt sich in den abgelegenen Tälern des Westens und Ostens ab, wo die grosse Mehrheit der Menschen immer noch in grosser Armut lebt. Mit einem Tageseinkommen von weniger als einem Dollar gehören sie zu den ärmsten der Welt. Dort beherrscht die maoistische Guerilla inzwi-

schen drei Viertel des Territoriums. Es sind «genau jene Regionen», sagt Jörg Frieden, der Deza-Koordinator in Kathmandu, «in denen die meisten unserer Projekte angesiedelt sind», entlegene Dörfer und Siedlungen, wo weder der lange Arm der bewaffneten Staatsgewalt noch jener des Wohlfahrtsstaats jemals hingekommen sind. Ihre Armut bot den Guerillas vor knapp zehn Jahren eine ideale Basis, um den Kampf gegen «Kathmandu» – gleichbedeutend mit Korruption und Klassenherrschaft – vom Zaun zu brechen.

Für die Menschen brachte der Krieg allerdings keine Befreiung. Die «Maobadis» zerstörten die öffentliche Infrastruktur und nahmen damit vielen Bauern den Zugang zu landwirtschaftlichen Märkten. Tausende von jungen Männern und Frauen wurden in die «Volksbefreiungsarmee» eingezogen, Schulklassen werden entführt, damit sie

**Lastwagen und Busse werden durch eine Strassenblockade der Maoisten aufgehalten.**





Keystone

## Ein auswegloser Krieg

Die Wurzeln des Bürgerkriegs in Nepal liegen paradoxerweise in der demokratischen Revolution von 1990. Sie hatte damals der absoluten Monarchie ein Ende gesetzt. Doch statt den Kampf gegen die Armut zum gemeinsamen Ziel zu machen, stritten sich die Parteien bald nur noch um die Pfründe der Macht. Im Februar 1996 rief die maoistische Linke zum Volkskrieg gegen das Polit-Establishment auf. Ihr Ziel: Abschaffung der Monarchie, Kollektivierung der Landwirtschaft, Einrichtung einer Volksdemokratie.

Die schwachen Strukturen des Staats brachen unter dem Ansturm der maoistischen Milizen zusammen, und bald entglitten die meisten Bezirke, mit Ausnahme des Kathmandu-Tals, seiner Kontrolle. Anläufe für eine politische Lösung verliefen im Sand. Dagegen wurde die Armee massiv aufgerüstet und König Gyanendra als Oberbefehlshaber gewann immer mehr an Gewicht. Vor drei Jahren entliess er die Regierung, und am 1. Februar 2005 übernahm er auch formell das Zepter.

Bis heute bleiben viele Grundrechte suspendiert. Die Kluft zwischen Königshaus und Parteien hat sich vertieft, Friedensverhandlungen sind in weite Ferne gerückt, und auch ein militärischer Sieg gegen die Maoisten zeichnet sich nicht ab. Die Opfer dieses Dreifrontenkriegs ist die grosse Mehrheit der Armen auf dem Land, deren Wohlfahrt alle drei Kriegsparteien als ihr Ziel vorgeben. *Bl*

Theorie und Praxis des Klassenkampfes lernen.

Das Terrain ist von schroffen Bergkanten und tiefen Taleinschnitten geprägt. Es lässt sich militärisch nur schwer kontrollieren und wechselt daher immer wieder die Hand. In dieser typischen Bürgerkriegslage ohne klare Fronten wird die Zivilbevölkerung für beide Seiten zum Sympathisanten des Gegners. Die Armee verdächtigt die Dorfbewohner der Kollaboration mit den Aufständischen, und die Maoisten werfen ihnen Zusammenarbeit mit dem Staat vor, wenn sie ihre Hand nicht zum «Roten Gruss» emporheben oder ihren Patrouillen nicht Gastrecht gewähren. «Was können wir tun?», sagte ein Mann, auf die Frage, warum er nach Kathmandu geflohen sei. «Nehmen wir einen Maoisten bei uns auf, sind wir Verräter, tun wir es nicht, sind wir tot.»

## Herausforderung für Geberstaaten

Der Krieg ist auch eine politische Herausforderung für die Geberstaaten. Diese, so steht es in den «Richtlinien», die jeder Mitarbeiter im Feld auf sich trägt, sind im Land, weil sie mithelfen wollen, «Armut zu mindern und Grundbedürfnisse zu erfüllen». Damit legen sie den Finger auf genau die Bereiche, für die auch die Maoisten zu kämpfen vorgeben. Wie in anderen Gewaltkonflikten müssen sich die Entwicklungshelfer daher auch in Nepal die Frage stellen, warum der Krieg gerade in einem Land ausgebrochen ist, in dem sich viele Geberlän-

**Soldaten patrouillieren in Katmandu (oben) und an einem Anlass von Dorfbewohnern im Stammland der Maoisten.**

der seit Jahrzehnten in der Armutsbekämpfung engagiert haben.

Seit den fünfziger Jahren sind reichlich Gelder in das Bergland geflossen. Dessen Schönheit und die robuste Einfachheit seiner Bewohner machten es zu einem bevorzugten Arbeitsort für Generationen von Entwicklungshelfern. Doch trotz grosszügiger Hilfe kam das Land nur wenig voran, und es gehört immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt, weiterhin angewiesen auf Geldgeschenke und den Kapitalrückfluss nepalesischer Arbeiter im Ausland.

## Ein Krieg gegen den Krieg

Es ist also eine doppelte Herausforderung, welche die Entwicklungshelfer zu bewältigen haben: Sie müssen ihre bisherigen Prioritäten überdenken, und sie müssen bei ihren Aktivitäten auch den Krieg mit einbeziehen. Damit tritt die politische Konfliktbewältigung erstmals ins Blickfeld der humanitären Intervention. Die Zielbereiche sind immer noch dieselben – im Fall der Schweiz namentlich die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, die Berufsbildung, die ökologische Stärkung der übernutzten Wälder. Doch nun definiert die Bewältigung des Konflikts die Ausgestaltung der Projekte.

Die Schweiz hat bereits vor Jahren eingesehen, dass der nepalesische Staat nicht länger der einzige Kanal für die Projektdurchführung sein kann. Sie begann nach der Revolution von 1990 in der Zivilgesellschaft neue Partner zu identifizieren, etwa von Bürgerinitiativen in der Hauptstadt Kathmandu. Friedenskomitees wurden unterstützt, Seminare organisiert, der Dialog mit Vertretern der politischen Parteien und der Regierung intensiviert. Mit der Ausschaltung der Demokratie durch König Gyanendra wurde diesem Prozess der Boden entzogen. Dies zwingt die Geberländer, sich resolut als Teil dieser Zivilgesellschaft zu begreifen und ihre politische Rolle wahrzunehmen, die sie angesichts des Gewichts ihrer Hilfsgelder haben. Die Resolution der UNO-Menschenrechtskommission vom 16. April 2005 (s. Kasten) kann als Signal gelesen werden, dass namentlich die Finanzhilfe in Zukunft stärker von der Einhaltung der Menschen- und Zivilrechte abhängig gemacht wird.

Die Suspendierung der Projekte im Terrain steht nicht zur Diskussion, solange die Sicherheitsrisiken einigermassen kalkulierbar bleiben. Dafür soll aber diese Hilfe nun den Konflikt zentral ins Blickfeld setzen. Die Deza nennt dies «Conflict-sensitive Programme Management». Die operationellen Programme werden ausdrücklich auf die Faktoren ausgerichtet, welche den Krieg wenn nicht verursacht, so doch zu einer derart ernsthaften Herausforderung gemacht haben. Dies sind namentlich, so Jörg Frieden, «die sozialen Ungleichheiten, der mangelnde Zugang zu überlebenswichtigen

Ressourcen, die Unfähigkeit des Staats, seinen Bürgern öffentliche Güter zu bieten, der Schutz der Menschenrechte und der Rechte der Frau».

Um ihre politische Rolle auch auszuüben stimmen sich die Geberländer stärker als zuvor intern ab. Dies hat die Verabschiedung der Menschenrechts-Resolution in Genf erstmals demonstriert. Auch in Kathmandu treffen sich die Vertreter der wichtigen Geber regelmässig und koordinieren ihre Reaktionen und Vorschläge zuhanden der Regierung. Sie haben auch eine gemeinsame Linie gegenüber den Maoisten entwickelt. Die «Basic Operating Guidelines» stellen klar, dass ihre Arbeit «keine politische, ethnische oder religiöse Agenda» verfolgt. Jede Hilfe, die für militärische oder politische Zwecke missbraucht wird, wird zurückgewiesen.

Die Schweiz setzte vor einem Jahr ein kleines, aber wichtiges Zeichen für die überfällige Sensibilisierung gegenüber dem Konflikt. Zum ersten Mal in der langen Geschichte der bilateralen Beziehungen fand die Feier des schweizerischen Nationalfeiertags nicht in Kathmandu, sondern in einem Dorf im Osten des Landes statt. Sie demonstrierte damit ihre Solidarität mit Nepal nicht wie üblich zuhanden der Eliten in Kathmandu, sondern direkt mit der kriegsgeplagten Landbevölkerung. Das Hissen der rotweissen Fahne war in diesem Fall mehr als eine patriotische Reminiszenz. Die Schweiz zeigte, buchstäblich, Flagge.

*Bernard Imhasly  
Südasien-Korrespondent NZZ, Delhi*

## Schweizer Nepal-Initiative

Gemäss zahlreichen Berichten der UNO werden in Nepal Menschen willkürlich verhaftet, verschleppt, gefoltert und vergewaltigt. Die prekäre Menschenrechtssituation hat sich mit der Machtübernahme durch den König am 1. Februar 2005 weiter verschärft.

Wie bereits im Vorjahr übernahm deshalb die Schweiz im Frühjahr 2005 die Führungsrolle für eine Resolution zu Nepal an der 61. UNO-Menschenrechtskommission in Genf. Die schweizerische Delegation koordinierte ihre Tätigkeit mit weiteren Geberstaaten. Der Austausch mit Menschenrechtsorganisationen vermittelte zudem wertvolle Expertise für die Verhandlungen. Zentral war auch die enge Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern des EDA vor Ort. Sie ermöglichte es, die Realitäten Nepals in den multilateralen Prozess einzubringen. Der Dialog mit der nepalesischen Regierung führte zu einem Kompromiss in letzter Minute. Eine verurteilende Resolution konnte hierdurch verhindert werden.

Die im Konsens verabschiedete Länderresolution zählt die wesentlichen Menschenrechtsverletzungen auf und gibt Empfehlungen ab, wie diese beendet und geahndet werden können.

Als zentraler Teil des Kompromisses, der zur Verabschiedung der einvernehmlichen Resolution führte, unterzeichnete die nepalesische Regierung mit dem UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (UNHCHR) ein Abkommen, das in Nepal die Einrichtung der bislang grössten Feldmission des UNHCHR ermöglicht. Es wird nun Aufgabe der neuen UNO-Feldmission mit ihren Beobachterinnen und Beobachtern sein, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und im Dialog mit Regierung und Maoisten künftige vermeiden zu helfen. Damit diese Mission gelingen und einen Beitrag zur Lösung des Konflikts im Land leisten kann, braucht es ein starkes politisches und finanzielles Engagement der internationalen Gemeinschaft.

*Pascale Baeriswyl  
stellvertretende Sektionschefin  
Menschenrechtspolitik, EDA*



Keystone